

1 **Antrag Nr. EU 1**

Antragskommission:

2

3

4

5 **Antragssteller:** Bezirksvorstand

Annahme

6

7

8

9 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

10

11 Lissabon-Strategie zukunftsgerichtet weiterführen
12 und nachhaltig umsetzen

13

14 Die Bundesregierung und die SPD-
15 Bundestagsfraktion werden aufgefordert
16 sicherzustellen, dass die Bundesrepublik
17 Deutschland die Umsetzung der Lissabon-Strategie
18 sowohl im nationalen Rahmen als auch auf
19 europäischer Ebene konsequent vorantreibt und
20 alle Anstrengungen unternimmt, um ein dauerhaftes
21 und nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr
22 und bessere Arbeitsplätze zu schaffen, um den
23 sozialen Zusammenhalt zu stärken und den
24 Umweltschutz zu sichern. Lissabon soll zum
25 Synonym für eine Wettbewerbsfähigkeitsstrategie
26 werden, die auf dem europäischen Sozial- und
27 Umweltmodell basiert.

28

29

30 **Begründung:**

31

32 Mit der Lissabon-Strategie haben sich die
33 europäischen Staats- und Regierungschefs im März
34 2000 das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Europäische
35 Union bis zum Jahr 2010 zum
36 wettbewerbsfähigsten und dynamischsten
37 wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu
38 entwickeln.

39

40 Die Halbzeitbilanz im Frühjahr 2005 hat ein
41 ernüchterndes Bild gezeichnet: Trotz einer Reihe
42 von positiven Entwicklungen sind die Fortschritte
43 bei wichtigen Zielen, wie zum Beispiel die Erhöhung
44 der Investitionen in Forschung und Entwicklung
45 oder die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, in vielen
46 Mitgliedsstaaten nur gering. 22 Millionen neue Jobs
47 müssten bis 2010 entstehen, um die ursprüngliche
48 Zielvorgabe einer Beschäftigungsquote von 70
49 Prozent zu erreichen. Das ist kaum mehr zu

50 schaffen. Zusätzlich hat sich die Produktivitätslücke
51 zwischen der EU und den USA seit 2000 weiter
52 vergrößert anstatt sich zu verringern.

53

54 Die Ziele von Lissabon nun aufzugeben, wäre der
55 falsche Schluss. Die im Halbzeitbericht der
56 hochrangigen Expertengruppe unter der Leitung
57 von Wim Kok dargelegten Defizite in der
58 Umsetzung und in der Bedeutung der Lissabon-
59 Strategie für das Handeln von Parlamenten und
60 Regierungen sind jedoch dringend auszuräumen:

61

62 1. Die Lissabon-Strategie widerspiegelt das
63 Wirtschafts- und Sozialmodell, auf dem Europa
64 seine Zukunft in einer von Globalisierung und
65 raschem technologischen Wandel
66 gekennzeichneten Welt aufbauen will. In diesem
67 Modell gibt es keinen grundsätzlichen Widerspruch
68 zwischen der wirtschaftlichen, der sozialen und der
69 ökologischen Dimension. Im Gegenteil, das Wesen
70 der Lissabon-Strategie ist die gegenseitige
71 Abhängigkeit von wirtschaftlichem, sozialem und
72 ökologischem Fortschritt.

73

74 2. Die Agenda der Lissabon-Strategie aus dem Jahr
75 2000 hat sich mit ihren über 150 Einzelzielgrößen
76 als zu umfangreich erwiesen. Angesichts der
77 schwachen wirtschaftlichen Entwicklung ist die
78 Fokussierung auf die Kernziele nachhaltiges
79 Wachstum und qualifizierte Beschäftigung nötig.
80 Eine „Partnerschaft für Wachstum und
81 Beschäftigung“ zwischen den politischen Akteuren
82 in Europa und in den Mitgliedsstaaten ist
83 grundsätzlich der richtige Ansatz, um die Kohärenz
84 der gemeinschaftlichen und der nationalen Politiken
85 zu verstärken.

86 3. Europas Wohlstand kann nicht durch den
87 Wettlauf um die niedrigsten Löhne gesichert
88 werden. Die europäische
89 Wettbewerbsfähigkeitsstrategie muss auf
90 hochqualitative Waren und Dienstleistungen setzen.
91 Daher ist unbedingt an dem Ziel festzuhalten, die
92 Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2010
93 auf

94 3 Prozent des BIP zu erhöhen. Die nationalen
95 Anstrengungen sollen durch das 7. Forschungs-
96 Rahmenprogramm der EU ergänzt werden. Die
97 europäische Forschungsförderung soll sich dabei
98 auf Zukunftstechnologien wie die Informations- und
99 Kommunikationstechnologien, die Nano- und
100 Mikrotechnologien u.a. konzentrieren. Hierbei sind

101 die Voraussetzungen für eine verstärkte Teilhabe
102 von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu
103 schaffen.

104

105 4. Die beschäftigungspolitische Dimension ist
106 konsequenter in allen Politikbereichen der
107 Gemeinschaft zu berücksichtigen. Die
108 Verminderung der Arbeitslosigkeit in der EU und die
109 Erhöhung der Erwerbsbeteiligung setzen
110 Anpassungen in einer Reihe von Politikfeldern
111 voraus. Dazu zählen Investitionen in Bildung und
112 Ausbildung sowie in Infrastruktur, eine aktive
113 Industriepolitik und die Vollendung des
114 Binnenmarkts. Vor dem Hintergrund der
115 demografischen Herausforderung haben der
116 weitere Umbau der sozialen Sicherungssysteme mit
117 dem Ziel der Reduktion der Abgabenlast auf
118 Arbeitseinkommen und die Entwicklung und
119 Umsetzung von Strategien für lebenslanges Lernen
120 höchste Priorität. Bisher unterdurchschnittlich am
121 Erwerbsleben beteiligte Gruppen wie Frauen, Ältere
122 und Migranten müssen durch aktive Förderung und
123 den Abbau von Hemmnissen in den Arbeitsmarkt
124 einbezogen werden.

125

126 5. Besondere Anstrengungen müssen
127 unternommen werden, um die dauerhafte
128 Eingliederung Jugendlicher in den Arbeitsmarkt zu
129 sichern. Sie müssen darauf abzielen, die
130 allgemeine und die berufliche Bildung, die Mobilität
131 sowie die berufliche und soziale Eingliederung der
132 Jugend zu verbessern und zugleich die
133 Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienleben
134 zu erleichtern. Insbesondere muss der Bildungs-
135 und Ausbildungserfolg benachteiligter Jugendlicher
136 erhöht und die Zahl der Schulabbrecher verringert
137 werden. Der von den Staats- und Regierungschefs
138 auf dem Frühjahrsgipfel im März dieses Jahres
139 beschlossene „Europäische Pakt für die Jugend“
140 muss durch Maßnahmen nationaler und
141 gemeinschaftlicher Politik ausgefüllt werden. Im
142 Rahmen gemeinschaftlicher Politik soll sich diese
143 Initiative in der Europäischen
144 Beschäftigungsstrategie und in der Strategie zur
145 sozialen Eingliederung widerspiegeln.

146

147 6. Die Europäische Union soll ein attraktiverer Ort
148 zum Arbeiten und Investieren werden. Die
149 Anstrengungen hinsichtlich der immer wieder
150 angekündigten Verbesserung europäischer und
151 nationaler Rechtssetzung, des Abbaus

152 bürokratischer Überregulierung und der
153 Vereinfachung von Verwaltung sind zu intensiveren,
154 damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen
155 von spürbaren Ergebnissen profitieren. Gerade
156 kleine und mittelständische Unternehmen brauchen
157 ein freundlicheres Unternehmensumfeld und
158 bessere Möglichkeiten, an europäischen
159 Programmen zu partizipieren. Zur Schaffung
160 optimaler Rahmenbedingungen muss der
161 europäische Binnenmarkt in vollem Umfang
162 funktionieren. Hier sind insbesondere im Bereich
163 der Dienstleistungen und der Mobilität von
164 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weitere
165 Anstrengungen zu unternehmen. Dabei muss
166 selbstverständlich das europäische Sozialmodell
167 gewahrt bleiben. Ein hoher sozialer Zusammenhalt
168 in einem
169 funktionierenden Binnenmarkt ist der
170 entscheidende Wettbewerbsvorteil Europas
171 gegenüber anderen Regionen der Welt wie
172 beispielsweise den USA oder China.

173
174 7. Der Bericht der hochrangigen Expertengruppe
175 unter der Leitung von Wim Kok hat deutlich
176 gemacht, dass der bisher geringe Erfolg der
177 Lissabon-Strategie weniger Erkenntnis- als
178 Umsetzungsproblemen geschuldet ist.
179 Schwachstellen sind die aufwendigen Verfahren der
180 Berichterstattung und die mangelnde Koordination
181 der Politiken auf nationaler und gemeinschaftlicher
182 Ebene. Die Reduzierung der nationalen
183 Berichterstattung auf einen jährlich vorzulegenden
184 Umsetzungsbericht und die Anpassung der
185 Strategie im 3-Jahreszyklus durch Kommission und
186 Europäischen Rat sind zu begrüßen.

187
188 8. Die Umsetzung der Lissabon-Strategie in
189 konkrete Politik liegt zu einem großen Teil im
190 Kompetenzbereich der Mitgliedsstaaten. Hier
191 mangelte es in der Vergangenheit häufig am
192 Engagement der politischen Handlungsträger.
193 Daher müssen der Bundestag und die anderen
194 nationalen Parlamente von vornherein umfassend
195 in die Umsetzung der Lissabon-Strategie
196 einbezogen werden. Die Nationalen Aktionspläne,
197 in denen jeder Mitgliedsstaat seine spezifischen
198 Politikziele und die entsprechenden Maßnahmen
199 konkretisiert, sind geeignet, die Lissabon-Strategie
200 endlich auch in der nationalen Debatte zu
201 verankern.

202

203 9. Die stärkere Einbindung der nationalen Akteure
204 in die Lissabon-Strategie wird zudem den
205 Stellenwert des mit der Agenda 2010 begonnenen
206 Reformprozesses als nationalen Beitrag der
207 Bundesrepublik zur Umsetzung der Lissabonner
208 Zielsetzung deutlich hervorheben. Die Erfolge der
209 von der Bundesregierung im Jahr 2003
210 eingeleiteten Arbeitsmarkt- und Strukturreformen
211 sind durch die Europäische Kommission und den
212 Rat zuletzt in ihrem „Gemeinsamen
213 Beschäftigungsbericht 2004/2005“ positiv gewürdigt
214 worden. Die von Bundeskanzler Gerhard Schröder
215 am 17. März 2005 vorgestellten Vorhaben führen
216 die mit der Agenda 2010 begonnene
217 Modernisierung der Bundesrepublik in
218 Übereinstimmung mit der Lissabon-Strategie fort.

219
220 10. Aus der Neubelebung der Lissabon-Agenda
221 sind keine Forderungen nach einer Erhöhung der
222 Ausstattung des EU-Haushalts für die Jahre 2007
223 bis 2013 abzuleiten. Innerhalb des von der
224 Bundesregierung und anderen Mitgliedsstaaten
225 vorgeschlagenen Rahmens ist jedoch
226 sicherzustellen, dass sich der Haushalt der EU an
227 den Lissabonner Zielen ausrichtet.

228
229

230 **Weiterleitung an:**
231 Bundestagsfraktion

1 **Antrag Nr. EU 2**

2

3

4

5 **Antragsteller: AfA-Bezirksvorstand Weser-Ems**

6

7

8

9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10

11 **Antrag EU-Fördermittel**

12 **Öffentliche Fördermittel für Unternehmen (z.B.**
13 **bei Standortentscheidungen) dürfen bundes-**
14 **einheitlich höchstens noch als zinslose Darle-**
15 **hen gewährt werden.**

16 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-
17 geführten Landesregierungen sowie die SPD-
18 Fraktionen in den Bundesländern werden aufge-
19 fordert, Bundes- und Landesgesetze in diesem
20 Sinne zu ändern.

21

22 **Begründung:**

23

24 Es geht nicht an, dass die Unternehmen Gemein-
25 den und Länder mit dem Hinweis auf die bessere
26 Förderung „beim Nachbarn“ gegeneinander aus-
27 spielen. Jede Gemeinde und jedes Bundesland ist
28 dringend auf neue Arbeitsplätze angewiesen. Eine
29 Regelung wie die von uns beantragte wäre ein
30 Schritt in Richtung auf die Chancengleichheit zwi-
31 schen „armen“ und „reichen“ Gemeinden und
32 Bundesländern.

33

34 In einem weiteren Antrag des AfA-Bezirks Weser-
35 Ems ist beantragt, die Förderung von Unterneh-
36 mensansiedlungen EU-einheitlich zu regeln. So-
37 lange eine EU-weite Regelung aber noch nicht ge-
38 troffen ist, soll dieser Antrag zumindest für eine
39 bundesweit einheitliche Regelung sorgen.

40

41 **Weiterleitung an:**

1 **Antrag Nr. EU 3**

2

3

4

5 **Antragsteller: OV Ganderkese**

6

7

8

9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10

11 **Vergleichbare Sozialstandards**

12

13 Die Sozialdemokratische Fraktion im

14 Europaparlament

15 wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass

16 vergleichbare Sozialstandards

17 (Krankenversicherung, Rentenversicherung,

18 Arbeitslosenversicherung) in allen Mitgliedsstaaten

19 eingeführt werden und bis zu deren Einführung

20 alle Aktivitäten zur „Liberalisierung des

21 Dienstleistungsmarktes“ unterbleiben.

22

23

24 **Begründung:**

25

26 Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der

27 neoliberalen Wirtschaftspolitik, insbesondere in den

28 Bereichen "Liberalisierung des

29 Dienstleistungsmarktes", und die unterlassene

30 Einführung von vergleichbaren Sozialstandards

31 (Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung,

32 Rentenversicherung, etc.), insbesondere bei den

33 neuen EU-Mitgliedsstaaten aus Ost-Europa,

34 beschädigen in starkem Maße die sozialen

35 Strukturen und damit den sozialen Frieden in

36 einigen Mitgliedsländern und gefährden

37 damit den Zusammenhalt der EU und letztendlich

38 auch die Demokratie in der EU.

39 Diese Bestrebungen und Aktivitäten der EU-

40 Kommission müssen daher sofort unterbunden

41 werden.

42

43

44 **Weiterleitung an:**

Antragskommission:

Material SPE-Fraktion